



Ercheint täglich, ausgen. Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich 1,20 RM, frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inländischen Bezugs monatlich 1,70 RM. — Einzelnummern 10 Pf. — Abonnementspreis für den Jahreslauf 12,00 RM. — In Kontraktfällen oder wenn gerichtliche Betreibung notwendig wird, fällt jede Nachlassung weg.

Druck, Verlag und Schriftleitung: Theodor Graf, Wildbad, Wilhelmstraße 96. Telefon Nr. 479. — Wohnung: Hans Volmer.

Nummer 269 Februar 479 Montag, den 17. November 1930 Februar 479 65. Jahrgang.

Der „Ireum“ des Herrn Tardieu

Auf die mehr als eigentümliche Rede Tardieus in der französischen Kammer am 13. November wird von Berlin mitgeteilt: Ministerpräsident Tardieu hat hinsichtlich der Abrüstungsfrage die merkwürdige Behauptung aufgestellt, daß die Abrüstung für Deutschland gemäß dem Friedensvertrag eine Verpflichtung darstellt, während sie für die Siegermächte nur eine Möglichkeit sei. Herr Tardieu denkt dabei wahrscheinlich an den Wortlaut der Einleitung zum fünften Teil des Friedensvertrags, worin es allerdings heißt:

Um die Einleitung einer allgemeinen Rüstungsbeschränkung aller Nationen zu ermöglichen, verpflichtet sich Deutschland, die im folgenden niedergelegten Bestimmungen über das Landheer, die Seemacht und die Luftfahrt genau innezuhalten.

Nun hat bisher niemand in dieser Formel eine Zweideutigkeit vermutet, die es dem Belieben jedes Siegerstaats anheimstellt, ob er abrüsten will oder nicht. Man hat vielmehr bisher auch auf Seiten der Siegermächte hieraus immer nur die eigene Verpflichtung zur Abrüstung gefolgert. Daß diese Auslegung allein richtig ist, dafür liefert den bündigsten Beweis die Mantelnote, die Clemenceau am 16. Juni 1919 auf die Bemerkungen der deutschen Abordnung zu den Friedensbedingungen geschrieben hat. Da heißt es:

Diese Bedingungen stellen den ersten Schritt zu der allgemeinen Beschränkung und Begrenzung der Rüstungen dar, welche die bezeichneten Mächte als eines der besten Mittel zur Verhinderung von Kriegen zu verwirklichen suchen und die herbeizuführen zu den ersten Verpflichtungen des Völkervertrags gehören wird.

Damit ist klipp und klar die Abrüstung auch für Frankreich nicht nur als eine Möglichkeit, sondern als eine Verpflichtung anerkannt, die allerdings in einem Zeitraum von mehr als elf Jahren noch nicht erfüllt worden ist.

Der französische Ministerpräsident hat ferner wieder einmal die Behauptung aufgestellt, daß Frankreich seine Rüstungen im Vergleich zum Jahre 1914 wesentlich herabgesetzt habe. Die Militärausgaben seien im Vergleich zu denen von 1914 auf drei Viertel ermäßigt worden, während gleichzeitig die Militärdienstzeit von drei Jahren auf ein Jahr verringert worden sei. Was die Militärausgaben angeht, so sind einfach nach dem jedermann zugänglichen französischen Heereshaushalt folgende Zahlen festzustellen:

Der französische Heereshaushalt betrug, umgerechnet in Goldmark, im Jahr 1913 für das Heer insgesamt 786 580 000 Mark und für die Marine insgesamt 116 955 000 Mark; dagegen im Jahr 1929 für das Heer 1 205 000 000 Mark und für die Marine 487 000 005 Mark. Dazu kommen noch 80 Millionen Mark Militärausgaben der Kolonien und 169 Millionen Mark Militärfondskredite und 216 Millionen Mark Militärausgaben anderer Ministerien oder zusammen 2157 Millionen Mark.

Wihin hat sich der französische Heereshaushalt gegenüber 1913 nicht verringert, sondern nahezu verdoppelt.

Herr Tardieu will ferner durch seine Beziehung auf die Militärdienstzeit offenbar den Eindruck erwecken, als ob damit eine Herabsetzung der Mannschaftebestände bewirkt worden sei. Tatsächlich hatte Frankreich aber im Jahr 1912 bei zweijähriger Dienstzeit rund 640 000 Mann unter den Fahnen, worin 38 000 Mann Hilfsdienstmannschaften eingerechnet sind, die wegen ihrer geringen körperlichen Eignung keinen praktischen Frontdienst tun konnten. Die heutige Mannschaftestärke der französischen Armee aber beträgt nach den Angaben, die niemand anders als Briand im September in Genf gemacht hat, 656 000 Mann, also 39 000 Mann mehr als in der Vorkriegszeit. Der Grund für diese eigenartige Erscheinung liegt darin, daß die einjährige Dienstzeit praktisch überhaupt nur für die eigentlichen oder Innerfranzosen gilt, während alle übrigen Mannschafte länger dienen müssen. Diese länger dienenden Mannschafte zählen nach den Angaben des Kriegsministeriums für 1930 nicht weniger als 179 000 Mann, zu denen noch die Kolonialtruppen hinzukommen. Entsprechend ist die Zahl der Unteroffiziere von 42 000 im Jahr 1912 auf 76 535 Mann im Jahr 1930 vermehrt worden. Frankreich besitzt in seinen 36 496 Offizieren und 179 000 langdienenden Mannschafte allein ein Berufsheer, das mehr als doppelt so groß ist als das deutsche und neunmal so viel aktive Offiziere umfaßt als dieses! Daneben besteht das „Volk in Waffen“, für dessen Ausrüstung alles Notwendige in den riesigen Beständen bereit liegt.

Selbstamerweise hat Herr Tardieu in diesem Zusammenhang geglaubt, gegen den Abrüstungswillen der deutschen Regierung einiges Mißtrauen säen zu müssen, indem er fragte, weshalb die deutsche Regierung so großen Wert darauf lege, so viele Gebäude des ehemaligen Heeres zu erhalten, da sie doch nur über ein kleines Heer verfüge, und er hat in dem drohenden Ton, den er schon öfters gegen Deutschland angeschlagen hat, hinzugefügt, die Frage müsse geregelt werden.

Dazu ist festzustellen, daß die Zahl der Gebäude, die Deutschland zu militärischen Zwecken gelassen worden sind, in den Verhandlungen mit der Interalliierten Kommission genau festgelegt worden ist. Hierbei ist allerdings der deut-

lichen Regierung eine längere Frist zur Abstufung der nicht-gestalteten Gebäude gelassen worden, um auf diese Weise ihre Verschleuderung zu verhüten. Diese Abstufung ist heute noch nicht beendet und kann auch zurzeit infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse nicht beschleunigt werden, wenn man nicht die Gebäude doch weit unter ihrem Wert verkaufen will. Es hätte Herrn Tardieu nicht schwer fallen sollen, diesen Tatbestand durch eine Anfrage bei den zuständigen Stellen klarzustellen.

Schließlich hat der französische Ministerpräsident vom Artikel 19 der Völkervereinbarung gesprochen, und er hat sich dabei gegen eine Aenderung der Friedensverträge mit der Begründung gewandt, daß Gebietsänderungen die Störungen nicht beseitigen könnten, unter denen die Welt und Deutschland leiden; eine Aenderung dieser Bestimmungen im besten Einvernehmen geschieht, ist eine Folge des getrennten Vorgehens beim letzten Wahlkampf. Wie die „Reichspost“ betont, lassen die „hemmungslosen Angriffe“ des Heimatblockes gegen die christlichsozialen Heimwehrkandidaten ein weiteres Zusammenarbeiten der beiden Gruppen nicht mehr zweckdienlich erscheinen. Diese Auffassung wird auch von dem Bundesführer Starhemberg geteilt.

Angst Litwinows

Genf, 16. Nov. Der russische Vertreter auf der vorbereitenden Abrüstungskonferenz, Litwinow, hat die Genfer Polizei um Schutz. In einem Schreiben sei ihm mitgeteilt worden, daß gegen die russische Abordnung eine Verschwörung bestehe. Die Polizei stellte sofort Nachforschungen an, die ergebnislos blieben. Zur Beruhigung Litwinows wurde jedoch der Polizeischutz, der ihm seit seiner ganzen Anwesenheit in Genf gewährt ist, verstärkt.

Der italienische Geschwaderflug nach Brasilien

Rom, 16. Nov. Der italienische Flugminister Balbo teilte Pressevertretern mit, an dem Geschwaderflug, von dem bereits berichtet wurde, werden zwölf Wasserflugzeuge vom Typ Savoia Marchetti 55, die der 93. Gruppe angehören, teilnehmen. Jeder Apparat ist mit einem Flieger und einem Unterflieger, einem Telegraphisten und einem Mechaniker besetzt. Sie sind in vier Geschwader, das schwarze, weiße, grüne und rote, eingeteilt. Kommandant ist Minister Balbo selbst, Unterkommandant Fluggeneralsstabchef Bolle. Zwei Werkflugzeuge begleiten das Geschwader bis Bolama in Portugiesisch-Guinea, wo die Ueberquerung des Atlantischen Ozeans beginnt. Ferner nehmen an der Uebung zwei Dampfer und sieben schnelle Aufklärungsflugzeuge. Unterwegs werden kombinierte Flugzeug- und Marinemanöver vorgenommen, da es sich um keinen Schnellflug, sondern um einen Sicherheitsflug handelt. Die Fahrt ist infolge der Unruhen in Brasilien bis zum 15. Dezember verschoben worden. Sie erfolgt in sieben Abschnitten; der erste ist Cartagena in Spanien, der vierte Bolama in Afrika, wo das Geschwader am 5. oder 8. Januar eintreffen wird, der fünfte Port Natal in Brasilien und der siebte Rio de Janeiro. In Brasilien sollen die Flugzeuge verkauft werden; die Rückkehr der Flieger wird auf einem Dampfer erfolgen.

Neue Nachrichten

Konferenz der Landwirtschaftsminister

Berlin, 16. Nov. Die Landwirtschaftsminister der Länder werden, wie verlautet, Ende November oder Anfang Dezember in Berlin unter dem Vorsitz des Reichsernährungsministers Schiele zu einer Konferenz zusammenzutreten, in der die allgemeinen Richtlinien für die Landwirtschaftspolitik des nächsten Jahres aufgestellt werden sollen. Auch die inzwischen erzielten Ergebnisse der Preisentwertungssaktion und die weiterhin auf diesem Gebiet möglichen Maßnahmen sollen besprochen werden. In erster Linie dient die Aussprache einer Verständigung über die im Haushalt des Reichsernährungsministeriums angeforderten Mittel.

Rücktritt Dr. Scholz'

von der Partei- und Fraktionsführung
Berlin, 16. November. Nach Blättermeldungen hat Dr. Scholz seine Aemter als Partei- und Fraktionsvorsitzender der Deutschen Volkspartei niedergelegt.

Verteilung der Wiener Restmandate

Wien, 16. November. Die Wahlbehörde hat die drei Wiener Restmandate des zweiten Wahlgangs den Christlich-Sozialen, dem Schöberblock und den Sozialdemokraten zugeteilt, womit die Wahl des Parteivorstehenden der Großdeutschen, Dr. Wotawa, gesichert ist. — Die Nationalsozialisten werden eine Beschwerde beim Verfassungsgerichtshof einreichen, weil sie trotz ihrer 110 000 Stimmen kein Mandat erhalten haben.
Der Schöberblock erklärte sich gegen den Kurs Baugewinn-Starhemberg.

Benesch reist nach Griechenland.

Athen, 16. Nov. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch wird im Dezember die griechische Regierung besuchen.

Der Besuch hat selbstverständlich politische Bedeutung. Eben erst ist der griechische Ministerpräsident Benizelos in Angora gewesen und hat mit der Türkei einen Freundschaftsvertrag abgeschlossen. Auch der ungarische Ministerpräsident Graf Bethlen hat in Angora einen Besuch gemacht und hatte eine Zusammenkunft mit Benizelos. Benesch befürchtet nun offenbar eine engere Annäherung Griechenlands an die italienische Politik, was Südslawien, mit dem die Tschechoslowakei doch durch den „Kleinen Verband“ verbunden ist, begreiflicherweise wenig erwünscht ist. Benesch will nun in Athen die in Angora abgeschlossenen Verträge erforschen, nachdem bereits England und Frankreich sich durch ihre Gesandten in Athen über sie haben aufklären lassen.

Die niederösterreichischen Heimwehrverbände trennen sich

Wien, 16. November. Die niederösterreichischen Heimwehrverbände haben beschlossen, sich organisatorisch in zwei Gruppen zu scheiden. Die Trennung, die, wie betont wird, würde nur einen neuen Krieg und darauf die Revolution hervorrufen.

Darauf ist zu sagen, daß es bereits nahezu das einmütige Urteil der gestifteten Welt geworden ist, daß der Friede von Versailles zu den schlechtesten Friedensverträgen der Geschichte gehört und daß die Aenderung namentlich seiner Gebietsfestsetzungen sich immer mehr als eine unabwendbare Notwendigkeit herausstellen wird. Daß Deutschland nicht auf eine gewalttätige Aenderung dieser Bestimmungen ausgeht, hat es durch die Unterzeichnung der Verträge von Locarno und des Kellogg-Pakts bewiesen und hat noch vor wenigen Wochen der jetzige Reichkanzler in seinen Erklärungen gegenüber dem Petit Parisien nachdrücklich bestätigt. Aber ebenso gewiß ist es, daß das deutsche Volk auf sein Recht zur friedlichen Aenderung auch der gebietlichen Bestimmungen niemals verzichtet, daß es vielmehr mit steigender Ungebud auf die Anwendung des Artikels 19 bestehen wird. Man braucht nur an den Schacher zu erinnern, mit dem in jenen Tagen, als der Versailler Vertrag geschlossen wurde, zwischen den Siegern um Länder und Völkern gefeilt wurde. Man braucht nur darauf hinzuweisen, daß sowohl im Westen wie im Osten Gebiete vom Reich abgetrennt wurden, ohne daß die Bevölkerung um ihre Zustimmung gefragt wurde, um Deutschlands Recht auf die Anwendung jenes Artikels darzutun. Nur eine ernsthafte Durchsicht des Friedensvertrags im Geiste jener „europäischen Gemeinsamkeit“, wie sie von französischen Politikern so gern in den Mund genommen wird, kann den wirklichen Friedenszustand herbeiführen.

Gutachten des Reichswirtschaftsrats über Preisentung bei Markenartikeln

Berlin, 16. Nov. Der Reichswirtschaftsrat veröffentlicht das Gutachten, das sein mit der Prüfung der Preisbindungsfrage für Markenartikel beauftragter Ausschuss erstattet hat. Schätzungsweise kann der Anteil preisgebundener Markenartikel im Gesamtumsatz des Einzelhandels auf 350—400 Mill. Mark ankommen werden. Der Anteil dieser Waren an den Haushaltsausgaben wird auf etwa 7—10 Prozent geschätzt. Die Handelspanne dürfte im Durchschnitt im Einzelhandel mit Lebensmitteln und Kolonialwaren zwischen 15 und 25 Prozent, im Feinkosthandel zwischen 15 und 33 1/2 Prozent und im Droghandel zwischen 25 und 50 Prozent liegen. Die Großhandelspanne dürfte im Durchschnitt 10—12 Prozent betragen.

Der Ausschuss ersucht die Reichsregierung, unverzüglich den Versuch zu machen, die Senkung der Preise für die Markenwaren, insbesondere für Lebensmittel und andere Gegenstände des täglichen Bedarfs, durch Zusammenwirken von Erzeugern, Großhandel und Einzelhandel in dem als möglich erscheinenden Umfang zu sichern. Das Ausmaß der bisher erfolgten Preisentungen, die in der Regel 10 Prozent des Endverkaufspreises überschreiten, könne als Richtlinie für die Mindestmöglichkeiten des Preisabbaues mit kurzer Frist, nötigenfalls unter Anwendung des Verordnungszwangs, angesehen werden.

Eine Minderheit des Ausschusses (13 gegen 16) empfahl die allgemeine Aufhebung der Preisbindung für Markenartikel. Die Mehrheit erklärte, die Maßnahme müßte zu volkswirtschaftlichen Schädigungen, Preiserschleuderei und damit verbundener Qualitätsverschlechterung führen.

Senkung der Kartoffelfracht.

*Berlin, 16. Nov. Die Reichsbahn hat die Stützfrachtsätze für die Beförderung von Kartoffeln herabgesetzt. Bei einer Beförderung von zum Beispiel 150 Kilometer beträgt die Senkung der Stützfracht für Sendungen von 100 Kilogramm 30 vom Hundert, von 200 Kilogramm 25 vom Hundert und von 300 Kilogramm 22 vom Hundert.

Gemeindewahlen in Baden.

Karlsruhe, 16. Nov. Die badischen Gemeindewahlen, die am Sonntag im ganzen Land stattfanden, scheinen — das zeigen die bis abends 10 Uhr vorliegenden Ergebnisse aus den größeren Städten des Landes — ein weiteres Anwachsen der radikalen Parteien gebracht zu haben. Die Sozialdemokraten haben teilweise Stimmen verloren, das Zentrum sich in den meisten Gemeinden gehalten und die Nationalsozialisten selbst gegenüber dem Ergebnis der Reichstagswahlen noch zugenommen.

Die Wahlbeteiligung betrug im allgemeinen zwischen 60 und 70 Prozent. Die Staatspartei hat beispielsweise in Karlsruhe ebenso wie die Volkspartei eine Einbuße an Stimmen erlitten. In Karlsruhe sind die Nationalsozialisten, die, wie in den meisten übrigen Gemeinden bei den letzten Gemeindewahlen vom Jahr 1926 noch keine eigenen Listen hatten, mit 26 Stadtverordneten sitzen die stärkste Partei vor den Sozialdemokraten mit 18 Sitzen (1926: 24) und dem Zentrum mit 16 (19). In Pforzheim hat die Sozialdemokratische Partei sich gut gehalten und mit 21 Sitzen (22) die stärkste Partei vor den Nationalsozialisten mit 20 Sitzen. Die Staatspartei erhielt in Pforzheim drei Sitze (5).

Hugenberg gegen Braun und Severing

Sperrung der preußischen Polizeigelder verlangt

Berlin, 16. November. Dr. Hugenberg und die deutschnationale Fraktion haben im Reichstag folgenden Antrag eingebracht: Der Reichstag wolle beschließen: Die Zahlung des Polizeikostenanteils an den Staat Preußen ist mit dem 31. Dezember 1930 einzustellen, da die Zusammenlegung der preußischen Staatsregierung, im besonderen die Person des Ministerpräsidenten Braun und des Ministers des Innern Severing keine Gewähr dafür bieten, daß die vom Reich für Polizeizwecke überwiesenen Mittel im Sinn der Verfassung und der Gesetze verwendet werden.

Zu diesem Antrag veröffentlicht die deutschnationale Pressestelle eine längere Begründung, in der die Haltung der preußischen Regierung gegenüber dem Volksbegehren und die rein parteipolitische Organisation des Polizeiparats als Beweis dafür angesehen werden, daß für das Reich keinerlei Gewähr geboten sei, daß die dem preußischen Staat für die Polizei überwiesenen Geldmittel nur zu sachlichen Zwecken und in gesetzlich einwandfreier Form zum Wohl der Allgemeinheit verwendet werden. Es sei im Gegenteil die Befürchtung gerechtfertigt, daß das Reich durch die Gewährung der Zuschüsse nur dazu beiträgt, dem Ministerpräsidenten Braun und dem Innenminister Severing die Organisation einer parteipolitisch abgestempelten bewaffneten Macht zu ermöglichen, die ihnen gegebenenfalls auch dann zur Verfügung stehe, wenn sich ihr Verhalten noch stärker als bisher im Widerspruch zur Verfassung und Recht befinden sollte. Da aber die Sozialdemokratie die einzige politische Partei in Deutschland sei, die bereits einmal parlamentarische Minister gestellt habe, die sich an hochverräterischen Handlungen gegen die damals bestehende Reichsverfassung beteiligt haben, sei das Verlangen gerechtfertigt, daß das Reich sich gegen alle aus den preußischen Verhältnissen erwachsenden Gefährdungen von Recht und Gesetz rechtzeitig schütze.

Zwei große amerikanische Sabotageprozesse zugunsten Deutschlands entschieden

In den zwei großen Sabotageprozessen, die seit mehreren Jahren vor dem deutsch-amerikanischen Gemischten Ausschuss schwebten und in denen Schadenersatzansprüche gegen das men an der Uebung teil zwei Dampfer und sieben schnelle Aufklärungschiffe. Unterwegs werden kombinierte Flugzeug- und Marinemanöver vorgenommen, da es sich um keinen Schnellgeheiß, sondern um einen Sicherheitsflug handelt. Die Fahrt ist infolge der Unruhen in Brasilien bis zum 15. Dezember verschoben worden. Sie erfolgt in sieben Abschnitten; der erste ist Kartagena in Spanien, der vierte Bolama in Afrika, wo das Geschwader am 5. oder 8. Januar eintreffen wird, der fünfte Port Natal in Brasilien und der siebte Rio de Janeiro. In Brasilien sollen die Flugzeuge verkauft werden; die Rückkehr der Flieger wird auf einem Dampfer erfolgen.

Blutbad in einer chinesischen Stadt

Hongkong, 16. Nov. Nach einer Meldung der United Press haben kommunistische Räuber die Stadt Sngu in der Provinz Kwansi überfallen, 2000 Einwohner ermordet und weitere 5000 fortgeschleppt. Etwa 2000 Häuser sollen geplündert und niedergebrannt worden sein. Der Schaden werde auf 17 Millionen Mark geschätzt.

Des Weibes Waffen.

Original-Roman von Elisabeth Borchardt.

32. Fortsetzung Nachdruck verboten.
Nun war er von neuem auf die Folter gespannt. Schlaflos verbrachte er die Nächte. Erst am fünften Tage hielt er die ersehnte Nachricht in den Händen.

Er öffnete und las. Vor seinen Augen stimmerte es; er konnte die Buchstaben nicht entziffern, den Sinn nicht begreifen. Und als er endlich doch begriff, tief ein tiefes Erschrecken durch seinen Körper, und mit einem dumpfen Stöhnen brach er zusammen. Zu jäh und zerschmetternd war der Abstieg. Als er zum Bewußtsein erwachte, schrie er vor Schmerz laut auf. Nein, das konnte ja nicht sein, das war unmöglich, ein böser Traum, nichts weiter! Und wieder griff er zum Brief, der ihm wie Feuer in der Hand brannte:

Lieber Dieter!

Du hast es gewollt. Deine Ungeduld hat etwas in mir gezeitigt, was sonst noch in weitem Felde lag. Erschrick nicht. Ich bin in der Zwischenzeit zur Erkenntnis gekommen, daß ich Dir das gegebene Wort nicht halten kann, und muß Dich daher bitten, es mir zurückzugeben. Verzeih mir, Dieter, aber ich kann nun einmal nicht in ärmlischen Verhältnissen leben, das Elend einer armen Beamtenche teilen. Das habe ich zur Genüge in meinem Elternhause kennen gelernt, und ich sage Dir: Es ist entsetzlich. Wir beide würden darin unglücklich werden, und unsere Liebe würde zum Schornstein hinausfliegen, wenn wir uns Entbehrungen auferlegen sollten. Ich bin für Reichtum und Wohlleben geschaffen und kann nur darin gedeihen. — Lange und schwer habe ich mit mir gekämpft, und mein Herz blutet mir, daß ich Dich auf-

Bertrere der Sozialdemokratie beim Kanzler

Berlin, 16. Nov. Reichskanzler Dr. Brüning hat gestern die Abgeordneten Dr. Weitscheid, Müller-Franken, Dr. Hilferding und Dr. Herz empfangen, um mit ihnen die politische Lage zu besprechen.

Die Afta-Wahlen an der Erlanger Universität

Erlangen, 16. Nov. Bei den Wahlen zum Allgemeinen Studenten-Ausschuss erhielt der Nationalsozialistische Deutsche Studentenbund 1805 Stimmen gegen 655 Stimmen im Vorjahr und 19 Sitze von 25 in der Kammer der Studentenschaft. Insgesamt waren 1475 Stimmen abgegeben worden.

Württemberg

Die Bürgersteuer

Stuttgart, 16. November. Dem Landtag ist, wie schon gemeldet, der Entwurf eines Ausführungsgesetzes über die Bürgersteuer zugegangen. In der Begründung des Entwurfs heißt es: Die Verordnung des Reichspräsidenten zur Hebung finanzieller, wirtschaftlicher und sozialer Notstände vom 26. Juli 1930 steht in ihrem 2. Abschnitt auch die Einführung einer Bürgersteuer in den Gemeinden vor. Die Ausgestaltung dieser Steuerart ist durch die Notverordnung und die hierzu nunmehr ergangenen Durchführungsbestimmungen vom 4. September 1930 weitgehend festgelegt. Den Ländern ist lediglich die Bestimmung der Höhe der Bürgersteuer (des Landesgesetzes) überlassen.

Der in Art. 1 des Entwurfs vorgeschlagene Satz ist der Mindestsatz. Dieser beträgt für Personen mit einem Jahreseinkommen von nicht mehr als 8000 Reichsmark mindestens 6 RM., mehr als 8000 RM., jedoch nicht mehr als 25 000 RM., mindestens 12 RM.; mehr als 25 000 RM., jedoch nicht mehr als 50 000 RM., mindestens 50 RM.; mehr als 50 000 RM., jedoch nicht mehr als 100 000 RM., mindestens 100 RM.; mehr als 100 000 RM., jedoch nicht mehr als 200 000 RM., mindestens 200 RM.; mehr als 200 000 RM., jedoch nicht mehr als 500 000 RM., mindestens 500 RM.; mehr als 500 000 RM., mindestens 1000 Reichsmark für das Jahr.

Art. 2 des Entwurfs soll das Verhältnis der Bürgersteuer zu der bisher in allen Gemeinden des Landes erhobenen Einwohnersteuer klarstellen. § 12 der eben genannten Durchführungsbestimmungen bestimmt, daß eine der Bürgersteuer entsprechende Abgabe, die bis zum Ablauf des 27. Juli 1930 in einer Gemeinde erhoben wurde, in Kraft bleibt, solange nicht die Steuerfäße geändert werden, oder eine Bürgersteuer in Kraft tritt. Art. 2 des Entwurfs führt nun ergänzend aus, daß die Anwendung der Bestimmung des Art. 15 Gemeindesteuergesetz, sofern eine Gemeinde freiwillig oder infolge gesetzlicher Verpflichtung die Bürgersteuer einführt, nur für die Geltungsdauer der Notverordnung des Reichspräsidenten außer Kraft treten soll. Kommt daher die Notverordnung des Reichspräsidenten zu einem späteren Zeitpunkt durch den Reichstag oder in anderer Weise in Wegfall, so soll das bisher bestehende Landesrecht wieder in Kraft treten, also Art. 15 Gemeindesteuergesetz wieder wirksam werden. Der Gemeinde muß spätestens bis zu der Ende November d. J. erfolgenden Ausgabe der Steuerkarten an die Steuerpflichtigen die Höhe des Landesgesetzes bekannt sein; daraus ergibt sich die Dringlichkeit des Gesetzes.

Stuttgart, 16. November.

Vom Landtag. Der Finanzausschuss hat eine Eingabe der Gemeinde Schwäiger n, die Staatshilfe für das große Brandunglück im vorigen Sommer zu erhöhen und ein Darlehen für die Bachlaufverbesserung zu gewähren, der Regierung zur Erwägung überwiesen. Zu einer Eingabe der Gemeinde Wailingen betr. einen Staatsbeitrag zur Remslaufverbesserung wurde einstimmig beschlossen, die Regierung zu ersuchen, den Staatsbeitrag als bald auszuführen. — Eingaben der Gemeinden Ruit und Steinenbronn betr. Arbeitsbeschaffung werden der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. — Eine Eingabe der Gemeinde Rüstentrot um einen



Staatsbeitrag zum Bau einer Wasserleitung wird zur Erwägung übergeben. Eingaben der Ammerthal-Schönbuch-Wasserförderungsgruppe und anderer Gruppen werden bis zur Haushaltsberatung zurückgestellt.

Stuttgart, 16. Nov. Entwürfe für Gesetzesänderungen. Das Staatsministerium hat dem Landtag den Entwurf einer Landesgebührenordnung zugefandt. Das Allgemeine Sportgesetz vom 16. August 1911 und der dazu gehörende Tarif sind lückenlos geworden und schwer zu handhaben, weil sie sowie die einschlägige Reichs- und Landesgesetzgebung häufig geändert worden sind.

Ferner ist dem Landtag der Entwurf eines Dritten Aenderungsgesetzes zum Feldbereinigungsgesetz übergeben worden. In Württemberg ist der landwirtschaftliche Grundbesitz überwiegend in kleine Stücke aufgeteilt. Nach der wirtschaftlichen Entwicklung können die bäuerlichen Betriebe aber nur dann wirtschaftlich geführt werden, wenn diese starke Aufteilung des Grundbesitzes beseitigt wird. Die vorgeschlagenen Aenderungen dienen hauptsächlich dem Zweck, die Zusammenlegung der Grundstücke zu erleichtern. Bei der Abstimmung über eine Feldbereinigung soll nicht mehr die Höhe des Steuerkapitals oder der Wert der Grundstücke, sondern die Grundfläche maßgebend sein. Es ist ein Schiedsgericht vorgesehen, das über Beschwerden gegen Grundstückschätzungen entscheiden soll. Endlich soll das Verfahren auch durchgeführt werden, wenn Waldwege ohne neue Einteilung der Grundstücke geändert oder neu angelegt werden.

Die Schulferien im Jahr 1931. Das Kultministerium hat bestimmt: Die zusammenhängenden Ferien an Orten mit neunklassigen hsh. Schulen (Vollanstalten) sind: Rest der Weihnachtsferien 1.—7. Januar (7 Tage), Osterferien 1. bis 22. April (22 Tage), Sommerferien 27. Juli bis 2. September (38 Tage), Weihnachtsferien (1. Hälfte) 24.—31. Dezember (8 Tage). Die Zahl der beweglichen Ferientage beträgt demnach an den genannten Orten 10. Für Groß-Stuttgart werden die beweglichen Ferientage wie folgt festgelegt: Samstag, 14. Februar, Montag, 16. März, Samstag, 23. Mai, Dienstag, 26. Mai, Mittwoch, 27. Mai, Mittwoch, 14. bis Samstag, 17. Okt., Montag, 23. Nov.

Eine große Pleite. Entmündigungsverfahren gegen einen Kommerzienrat. Die Firma Karl Lauser, Stuttgart, Geschäftsbücherfabrik und Buchdruckerei, Inhaber Kommerzienrat Wilhelm Lauser und Karl Lauser, ist in Zahlungs-schwierigkeiten geraten. In der im Bürgermuseum stattgefundenen Gläubigerversammlung wurde festgestellt, daß die geschäftlichen Passiven sich auf annähernd 1 Million RM. und die Privatschulden von Kommerzienrat Lauser auf beinahe eine halbe Million RM. belaufen. Da vielen enormen Passiven verhältnismäßig geringe Aktiwerte gegenüberstehen, ist ein Konkurs unvermeidlich. Wie das Deutsche Volksblatt hört, wurde über Kommerzienrat Lauser das Entmündigungsverfahren eingeleitet. Der Zusammenbruch dieses alten angesehenen Unternehmens dürfte zahlreiche Stuttgarter Geschäftleute in Mitleidenschaft ziehen; unter den Gläubigern befinden sich auch viele Privatleute, darunter auch Angestellte der Firma, die im Vertrauen auf die Güte des Unternehmens der Firma Geld geliehen haben. Die in ihrer Stuttgarter Zeit vom Kommerzienrat Lauser protegierte Kammerfängerin Sigrid Hoffmann-Oregan befindet sich ebenfalls unter den privaten Geldgebern. Sie hat eine Forderung von 50 000 RM. angemeldet.

Die Landstraße mit dem stärksten Verkehr ist in Deutschland die von Stuttgart nach Cannstatt führende „Cannstatt-er Straße“. Sie wird durchschnittlich täglich von 6200 Fahrzeugen mit einer Befastung von 18 000 Tonnen benutzt. — Der Neubau des Stuttgarter Warenhauses Breuninger wird in dem drei Stadwerke umfassenden Untergeschloß von einem Bach durchflossen. Der durch den Stuttgarter Talkessel fließende Rebenbach wird mit einem Gefälle von 5 zu 3 Metern in einer Betonröhre abgefangen. Direkt unter diesem „Bett“ des Bachs liegt (etwa 12 Meter unter dem Straßenniveau) das dritte Kellergeschloß.

Neue Bauparkasse GmbH. Wüstenrot. Nachdem das Landgericht Heilbronn in der von der Konkurrenz anhängig gemachten Streitsache gegen die vor kurzem gegründete Neue Wüstenroter Bauparkasse GmbH, Wüstenrot wegen Firmenänderung dem Antrag stattgegeben hat, ist von der Leitung der neuen Wüstenroter Bauparkasse GmbH in Wüstenrot die Aenderung der Firma in Neue Bauparkasse GmbH, Wüstenrot beim Registergericht Heilbronn beantragt worden. Die Aenderung ist deshalb geschehen, weil sich das Unternehmen sehr günstig entwickelt, und um den Geschäftsbetrieb nicht vorübergehend unterbrechen zu müssen. Der Streit geht nun vor dem Oberlandesgericht Stuttgart als Berufungsgericht weiter.

Beschlüsse im Rechtsausschuss. Der Rechtsausschuss des Landtags hat folgende Beschlüsse gefaßt: Ueber die Eingabe des Holzhändlers Hans Kraemer in Heidenheim betr. Rechts-

geben muß, aber glaube mir, es ist zu unserer beider Besten. Du wirst es verwinden, wie ich es zu verwinden streben werde. Zürne mir nicht, Liebster, und bewahre mir einen Teil Deiner Liebe, trotzdem ich Dir dies anzutun gezwungen bin, so wie ich nie aufhören werde, Dich zu lieben, was auch kommen möge. Und kraft dieser Liebe bitte und beschwöre ich Dich: Heirate nicht sie, die uns um unser Glück brachte, denn ob gewollt oder ungewollt — sie allein trägt die Schuld, daß wir uns jetzt trennen müssen, und deshalb — hasse ich sie. Jede andere könnte ich an Deiner Seite wissen, nur sie nicht.

In Ewigkeit

Deine Mira.

Das war kein Traum — das war grausame Wahrheit, die jene Zeilen enthielten, und sie rüttelten ihn jetzt wach aus seiner Bethargie. Handeln mußte er — noch war sie ihm vielleicht nicht verloren. Auge in Auge wollte er ihr gegenüberstehen und sie zurückzwingen mit seiner Liebe. Er konnte sie ja nicht lassen, nicht aufgeben.

Aber wo fand, wo erreichte er sie?

Wie ein Sturzbad ging diese Frage auf ihn nieder. Wochenlang konnte er von einem Ort zum andern haften, ohne sie zu finden, und dann konnte es vielleicht zu spät sein.

Eine jäh Verzweiflung packte ihn, und dann griff er zum einzigen Ausweg, der ihm blieb: Er schrieb an sie. Worte voll heißer, beschwörender Liebe bedeckten das Papier: „Tu mir das nicht an, Mira, bleibe mir treu. Unsere Liebe wird uns reich machen, und Du sollst keine Entbehrungen an meiner Seite kennen lernen — ich schwöre es Dir.“

Auf diesen Brief folgte wieder eine bange Zeit des Wartens, Hoffens und Zweifelns.

Die Hälfte seines Urlaubs war schon verstrichen, und die Kollegen wunderten sich, daß er ihn in Rabenau zubrachte.

Er machte Ausflüchte und suchte sie soviel wie möglich zu meiden. Und eines Abends saß er in seinem Zimmer bei seiner Berliner Zeitung, mechanisch darin blättern, ohne mit seinen Gedanken dabei zu sein. Plötzlich öffneten sich seine Augen starr und weit. Ein Rebel legte sich davor, aber wie mit Flammenschrift leuchteten die Buchstaben hindurch: „Meine Verlobung mit Fräulein Mira von Steuben usw. — beehrt sich anzukündigen“

Fabrikbesitzer Heinrich Grote.

Berlin, zurzeit Monte Carlo.

Ein Achzen kam aus seiner Brust. Das war derselbe, mit dem sie reiste; nun wurde ihm alles klar.

Mit unheimlicher Ruhe, aber verzerrtem Gesicht, stand er auf, schloß sein Zimmer ab und öffnete eine Lade seines Schreibtisches. Da lag er — der Tröster, der alles Leid und allen Schmerz auslösch. Er griff danach — die Waffe blinkte in seiner Hand — er hob sie und richtete den Lauf auf seine Schläfe.

Da — im letzten Moment — schon lag der Finger am Hahn — packte ihn ein unfähiger Fek. — In weitem Bogen schleuderte er die Waffe von sich — sie entlud sich mit dumpfem Knall, der das Haus erdröhnen ließ.

Boll Entsetzen eilte seine Wirtin herbei und pochte an die verschlossene Tür.

Wolf Dietrich öffnete gelassen und lächelnd:

„Eine kleine Unvorsichtigkeit — nichts weiter.“

Da ging sie beruhigt ab.

Wolf Dietrich aber hob die Waffe auf und verschloß sie. Ein hohnvolles Lächeln umspielte seine Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

in Wirkung vom 18. Nov. ab erhöht. Diese Maßnahme
Begründung in einem außerordentlichen Anwachsen der
Einfuhr aus Uebersee. Von der gegenwärtigen Zoll-
die Einfuhr von Fertigfabrikaten in Aluminium

ung für die Holzindustrie. Der Arbeitgeberverband
Holzindustrie und des Holzgewerbes hat den Mantel-
das deutsche Holzgewerbe vom 5. Juni 1929 zum
1931 gekündigt, ebenso die im Anschluß an den Man-
abgeschlossenen Bezirkstarifverträge. Ferner hat der
verband beschlossen, einen Abbau sämtlicher
um 15 Prozent zu fordern.

Lederwerke Rheindahlen AG in München-Stadbach Rhein-
werden sich wegen Unwirtschaftlichkeit auflösen.

er Betrug der Duftric-Bank. Der Geschäftsführer einer
ösischen Schuhfabrik hat gegen die Verwalter der mit meh-
hundert Millionen pleitegegangenen Duftric-Bank in Paris,
rie und Ehrlich, beim Untersuchungsrichter Anklage
Unterfischung und Betrug erhoben. Die beiden
anten haben Bankdepots jener Schuhfabrik unterschlagen,
30 Millionen Franken Aktien der Schuhgesellschaft, die zur
ung der Verwaltung hätten bleiben sollen, zu betrügerischen
ationen verwendet und durch ungedeckte Wechselstichungen
ndchaft um Millionen betrogen.

chenplan für Kleinhandelspreise. Einer Anregung des
tags zufolge wird das Statistische Amt der Stadt Berlin
tliche Erhebungen über die Kleinhandelspreise veröffent-

ne Brotpreisfestung in Südwestdeutschland. Der Bäcker-
verband Rhein-Main-Rahe erklärt in einer Entschließung,
Südwestdeutschen Bezirk liegen die Brotpreise bereits in dem
von Berlin und München, eine Preisfestung sei daher
möglich, wenn die Mehlspreise, Steuern und Soziallasten ab-
werden.

Kölnener Bäckerinnung empfiehlt den Mitgliedern, den Preis
dreipfündige Schwarzbrot von 55 auf 51 Pfennig herab-

ohzzusammenschluß in der Zementindustrie. Die Schle-
Portlandzementindustrie AG in Duppeln und
ortland-Cement-Werke Heidelberg-Mann-
Stuttgart AG in Heidelberg schlagen im Verfolg des
jahr zwischen den süddeutschen und den schlesischen Kon-
getätigten Gegenseitigkeitsvertrags nunmehr den Abschluß
Interessengemeinschaftsvertrags auf kürzere Zeit unter
seitigem gegenseitigem Tausch eines Aktienpakets (angeblich
pakete von 7 Mill. M) vor.

Zahlungsschwierigkeiten. Das Konfektionshaus B. Mack
Stuttgart, Inhaber Konrad Holz, erstrebt einen Liqui-
vergleich auf der Basis von 50 Prozent, der von dritter
garantiert sein soll.

Allegung. Auf der Alfred-Hütte in Witten (Westf.) wurde
ritte und letzte Hochöfen stillgelegt. 200 Arbeiter wurden
en.

Abstellungseinstellungen. Herrenkleiderfabrik Nathan Stel-
Breslau. — Maschinenfabrik und Eisengießerei Ritters-
u. Blecher G. m. b. H. Barmen, seit 70 Jahren be-
d. — Pyramont Bank A. G., Bad Pyramont, durch
stretungen zweier leitenden Beamten in Höhe von 190 000

ie Meldung betr. Zahlungseinstellung in Köln betrifft nicht
schickten Prof. Dr. Körfer, sondern das Rheinische Glas-
bert Louis Körfer in Porz.

Stuttgarter Börse, 15. Nov. Die heutige Börse eröffnete bei
höheren Kursen. Auch im Verlauf konnte sich keine Erholung
sehen. Schluß ruhig. Rentenmarkt etwas fester.

Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft Filiale Stuttgart.

eliner Getreidepreise, 15. Nov. Weizen märk 24.90—25,
15.30—15.50, Braugerste 18.60—21.20, Futter- und Indu-
ste 17—18, Hafer 14.10—15.10, Weizenmehl 29—37.50,
mehl 0—60proz. 24.10—27.15, Weizenkleie 8.25—8.75, Rog-
e 7.75—8.25.

metallpreise, 15. Nov. Feinsilber: Grundpreis 51.30
Feingold: 281 M je Kg., Rein-Platin: Verkaufspreis 455
Platin 96 Proz. mit 4 Proz. Palladium 4.45 M , Platin
oz. mit 4 Proz. Kupfer 4.35 M je Gramm.

eliner Metallmarkt, 15. Nov. Nachdem der Cispreis des
anischen Kupferkartells um 1.50 Dollarcentis auf 12.30 Dol-
s für das engl. Pfd. erhöht worden ist, hat die Vereinigung
en deutschen Elektrokupferpreis den Preis für Elektrokup-
prompt cif Hamburg, Bremen oder Rotterdam auf 115
ortag 105) Markt für 100 Kg. erhöht.

gdeburger Zuckerpreise, 15. Nov. Nov.-Dez. 25.25, ruhig.

emen, 15. Nov. Baumwolle Middl. Univ. Stand. loco 12.27.

M ä r k t e

Stuttgarter Obst- und Gemüsemarkt, 15. Nov. Tafeläpfel 25
Tafelbirnen 25—45; Quitten 38—40; Walnüsse 40—50;
Del 3—4; Kopfsalat 6—12; Endiviasalat 6—10; Wirsing
Filderkraut 2—3; Weißkraut 3—4; Rotkraut 5—6; Blumen-
0—70; Rosenkohl 10—25; $\frac{1}{2}$ Kg. 20—30; Rote Rüben 6
Weiße Rüben 5—6; Karotten 1 Bund 10—20; Zwiebel 4
Gurken große 20—60; Rettiche 5—8; Monatsrettiche 10 bis
ellerie 10—20; Tomaten 20—30; Schwarzwurzeln 30—35;
12—15; Kohlraben 4—6.

Stuttgarter Kartoffelgroßmarkt auf dem Leonhardsplatz, dem
November. Zufuhr 100 Ztr. Preis 2.90—3.50 M d. Ztr.

Kohlstadtmarkt auf dem Leonhardsplatz, 15. Nov. Zufuhr 100
Ztr. Preis 11—11.50 M für 1 Ztr.

Verkehr Billingen—Schwenningen. Am 13. Nov. d. J.
in Sitzungszimmer der Schwarzwälder Handelskammer Bil-
eine Besprechung über die Aufstellung des Fahrplans für
zu errichtende Postkraftwagenlinie Billingen—Schwen-
statt. Die Linie soll am 1. Dezember d. J. eröffnet werden.

Haare

Naturfarbe und Jugendfrische ohne zu färben.
Seit 20 Jahren glänzend bewährt.
tor C. C., Hamburg, schreibt: „Der Erfolg war über alles
Erwarten gut. Mein Haar hat völlig seine frühere Farbe
wieder erhalten, nachdem es bereits stark ergraut war.“
kostenlos. Sanitas, Zirndorf/Bay., Fürtherstr. 30.

eraus billig beziehen Sie fertige Betten
Gerein. Bettfedern graue Pfd. **Mk. 0.80,**
1.10, halb. Flaumrupf **Mk. 2.90,**
weiße Schiefbed. **Mk. 3.20,** weiß. Halb-
daunen **Mk. 4.80** u. **6.80,** Daunen
8.80. Große Ober- oder Unterbetten **M.**
13.-, la. in echt rot **Mk. 26.-,** Kissen
dick gefüllt **Mk. 4.80,** la. echt rot **M.**
7.80. Von 9 Pfd. portofrei! Bei Nicht-
gefallen Geld zurück. / Muster u. Katalog
gratis.

bernversand M. Mühlendorfer, Haldmühle 511
bayr. Wald (böhm. Grenze)